Der IGEL integriert.

Ende des Jahres 2004 hat sich die IGEL-Redaktion zusammen gesetzt und kontrovers diskutiert, was denn nun das Hauptthema für diese Ausgabe sein sollte. Eine riesige Anzahl an Themen drängte sich geradezu auf, von Studiengebühren und Bildung, die Föderalismus-Debatte, die Sozialpolitik nach Hartz IV ... über was hätte mensch nicht alles schreiben können - und hat es glücklicherweise auch getan.

Durchgerungen haben wir uns letztendlich zu dem Hauptthema Integration. Was ist eigentlich Integration, fühlen sich Menschen ausländischer Herkunft in der Bundesrepublik gut integriert und was muss sich ändern? Von unterschiedlichen Seiten nähern sich in dieser Ausgabe AutorInnen der Integration.

Neben Reportagen und Berichten gibt es auch das traditionelle Promi-Interview zu diesem Thema!

Trotzdem kommen andere aktuelle Politik-Felder nicht zu kurz: So gibt es Beiträge zu dem Bundesverfassungsgerichts-Urteil zu Studiengebühren-Zuständigkeiten, eine Nachlese zu Hartz IV, einen Palästina-Bericht und vieles mehr! Auch der Teil Internes kommt natürlich nicht zu kurz, wir berichten über die Aktivitäten des Landesverbandes der GRÜNEN JUGEND Niedersachsens und über kommende Veranstaltungen.

Wir wünschen allen LeserInnen viel Vergnügen beim Lesen, Gedanken machen, diskutieren und politischen Aktionen!

Eure Redaktion

Inhalt

Titel - Voll integriert

Betrifft: Integration	3
Integriert in Deutschland?	4
Gut integriert - im Abschiebelager?	5
Den Spieß umgedreht	6
Gute Einreise	7
Promi-Gespräch	8

Thema

Studiengebühren für alle	11
Wilkommen im Hartz IV - Land	12
Die Jugend ohne Plan!	13
Reise in eine andere Welt	14
Hoffnung auf Frieden?	16
Spendenmarathon Lüneburg	17

Kommentar

25 Jahre Grüne	18

Intern

Bericht vom Landesvorstand	19
Basisgruppenticker	20
Termine & Adressen	22
Ankündigungen & Impressum	23

Wichtiger Hinweis:
Die GJN sucht einen neuen Webmaster für ihre Homepage. Melde dich!

Was'n GJN?

GJN, das ist der Landesverband der GRÜNEN JUGEND in Niedersachsen. Bei uns sind Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14 bis 28 Jahren politisch aktiv und stellen so einiges auf die Beine.

Als Jugendorganisation von Bündnis 90/Die Grünen wirken wir in und außerhalb der Partei, tragen junge Positionen in die Gesellschaft.

Die GJN ist ein progressiver Jugendverband und orientiert sich an den Grundsätzen Ökologie, Basisdemokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit.

Wir bündeln und vernetzen die Aktivitäten der Basisgruppen in Niedersachsen. Dazu gehören unsere Landesmitgliederversammlungen, Seminare, Workshops und gemeinsame Großaktionen.

Wenn auch Du all dies bewirken willst, dann komm zur GJN!

Integration ist die Errechnung eines Integrals

Was ist eigentlich Integration? Was bedeutet dieses Wort und was steckt dahinter? Zur Einleitung dieses Integrations-Igels eine kleine Begriffs-Analyse.

JULIANE SEIBERT

Wenn mensch versucht, sich selbst zu erklären, was Integration ist und zu diesem Zwecke ein Fremdwörterlexikon aufschlägt, erfährt sie/er, dass Integration die "Berechnung eines Integrals", der "Zusammenschluss zu einem einheitlichen, übernationalen Marktgebiet", die "Aufeinanderabstimmung der Ziele" oder auch die "Verschmelzung verschiedener Sprachen oder Mundarten zu einer gemeinsamen Schriftsprache" sein kann. Ebenfalls erfährt mensch, dass das Wort Integration vom lateinischen integratio kommt und "Wiederherstellung eines Ganzen" bedeutet.

Da ich allerdings schon wusste, dass Integration auch eine andere, politische Bedeutung haben kann, nahm ich mein Taschenlexikon und fand da unter drei Begriffen von Integration auch den, den ich suchte: "Soziologie: Verbindung einer unterschiedlichen Vielheit von Menschen zu einer gesellschaftlichen (und kulturellen) Einheit."

Nun ist das doch eine relativ trokkene Formulierung, weshalb ich nun einmal versuchen möchte, es mit meinen eigenen Worten zu sagen: Integration ist der Versuch (oder der Erfolg), Menschen anderer Kultur, Religion, Sprache oder anderen Geschlechts in eine Gesellschaft einzugliedern.Doch Integration bedeutet viel mehr als nur das: Integration ist Solidarität, sie bedeutet Freundschaft und Chancen. So gesagt klingt es so, als wäre Integration ein wunderbares Geschenk. Doch das ist nicht wahr. Integration ist harte Arbeit gegen die eigenen Vorurteile ("die Polen klauen ja eh alle") und Stereotypen ("die Hausfrau und Mutter").

Dies ist nur einer der Gründe, weshalb Integration uns alle betrifft. Damit Integration funktioniert, müssen wir sie uns immer wieder neu erarbeiten!

Jule Seibert, 16, ist Schülerin aus Langenhagen und seit April '04 im Landesvorstand der GJN.

Integriert in Deutschland?

Unsere seit Jahren selbst gepriesene "Multi-Kulti-Gesellschaft" gerät dieser Tage immer häufiger in die öffentliche Kritik. Der IGEL hat einige TürkInnen gefragt, ob sie sich in Deutschland integriert fühlen und ob genug für eine Integration getan wird.

SARAH ZIETZ

Spätestens nachdem bekannt geworden ist, dass islamistische TerroristInnen nahezu ungestört von Deutschland aus operieren können und DER SPIEGEL in einer seiner Ausgaben auf "Allahs rechtlose Töchter - Muslimische Frauen in Deutschland", denen es von ihren Männern untersagt ist, das Haus zu verlassen und die in der Öffentlichkeit quasi nicht existieren, aufmerksam gemacht hat, sehen viele PolitikerInnen das Projekt "Multikulturismus" in unserem Land als gescheitert an. Zukünftig sollen EinwandererInnen bei der Einbürgrung einen Eid auf das Grundgesetz schwören. Doch ist dies eine sinnvolle Maßnahme zur Überwindung der verschiedenen kulturellen Barrieren?

Der Inhaber eines Teppichladens schüttelt nur wortlos den Kopf, als wir ihn fragen, ob er uns seine Meinung zur Integration in Deutschland verrät, die Kassiererin eines Supermarktes meint in gebrochenem Deutsch, sie fühle sich gut integriert und es gäbe genug Integrationsmöglichkeiten, wie und warum sie nach Deutschland gekommen sei, will sie allerdings nicht sagen. Zwischendurch blickt sie immer wieder verunsichert zum älteren Geschäftsinhaber auf, der uns beobachtet, und sagt ihm etwas auf Türkisch. Auch die Gemüsehändlerin winkt ab und entschuldigt sich mit den Worten, sie verstünde nichts und könne nicht gut Deutsch.

Erst in dem kleinen "Ankara Kiosk" finden wir einen älteren Mann, der sich bereit erklärt, mit uns zu reden. Er steht hinter der Kasse und sucht nach Worten. Dafür, dass er bereits seit über 30 Jahren in Deutschland lebt, spricht er erschreckend schlecht Deutsch. 1970 als Hilfsarbeiter gekommen, fühlt er sich auch heute noch als Türke. Und obwohl seiner Meinung nach nicht genug für die Integration getan würde, beschreibt er sich selbst als integriert und zählt auch Deutsche zu seinem Freundeskreis. Er spielt mit einer Zigarettenschachtel und macht eine ausschweifende Handbewegung. Den Deutschen mangele es an Herzlichkeit und Disziplin, überall läge Müll auf der Straße. Das, was er in der Schule über Deutschland und seine Bewohner gelernt hätte, wäre ein Gegensatz zur Realität gewesen. Vor allem aber hätte er sich in seinen Anfangsjahren hier von der Regierung allein gelassen gefühlt. "Es sollte für Einwanderer Infobroschüren über Deutschland geben, die einem das alltägliche Leben hier erklären. Auch kulturelle Organisationen sollten in den Integrationsprozess stärker miteingebunden werden und Sprachkurse müssen Voraussetzungen für jeden Immigranten werden, damit diese überhaupt die Chance auf eine vernünftige Ausbildung haben." Für ihn spielten einzelne Nationen keine Rolle, sondern lediglich eine kulturell gemischte Gesellschaft, in der die Menschen miteinander harmonisieren.

Nicht mehr integriert fühlt sich die türkischstämmige Schmuckverkäuferin, die beklagt, früher freundlicher empfangen worden zu sein als heute. Als Tochter türkischer Gastarbeiter ist sie 1970 gemeinsam mit ihren Eltern nach Deutschland gekommen. Was sie in der Bundesrepublik wirklich störe, sagt sie, sei die große Distanz zwischen MigrantInnen und Deutschen und der Generalverdacht, unter dem AusländerInnen stets nach einem Verbrechen stünden. "Ich wünsche mir eine Veränderung in der Ausländerpolitik", sagt sie, "Es kann doch nicht sein, dass meine Eltern, die jetzt auch schon über 30 Jahre hier leben und gut Deutsch sprechen, noch immer keine deutsche Staatsbürgerschaft haben." Auch sie ist der Ansicht, dass die Sprache die Grundlage jeder Integration ist.

Zum Schluss besuchen wir noch drei junge Türkinnen in einem Brautmodengeschäft. Zwei von ihnen tragen Kopftücher und sitzen hinter der Kasse. Sie überlassen das Reden der dritten jungen Frau: "Seit den ganzen Terroranschlägen fühle ich mich nicht mehr richtig integriert. Die Leute schauen mich auf der Straße an und scheinen jedes Mal zu denken, dass ich auch eine potentielle Attentäterin sein könnte, nur weil ich Muslimin bin." Trotzdem sei Deutschland immer noch sehr tolerant, es gäbe genug Integrationsmöglichkeiten und Freiheit in jeder Hinsicht. Letztlich sei Deutschland sogar viel freier als die Türkei, denn dort könne man seine Religion aufgrund der Kopftuchverbots an Schulen und Universitäten nicht so stark ausleben wie hier. "Das größte Problem beider Kulturen ist jedoch, dass es auf beiden Seiten zu viele Vorurteile gibt. Man sollte sich erst seine Meinung bilden, wenn man genug über den anderen weiß und das kann nur durch mehr Interesse an den verschiedenen Kulturen geschehen. Die Politiker sollten die Leute auffordern, sich zu informieren und diese Informationen auch bereit zu stellen. Es gibt sehr viele verschiedene Kulturen in Deutschland, was schön ist, aber letzten Endes lebt jeder nur in seiner eigenen Kultur ohne über den Tellerrand zu schauen."

Sarah Zietz, 17, ist Schülerin und engagiert sich in der IGEL-Redaktion und der GJ Hannover.

Gut integriert - im Abschiebelager?

Über 500 Menschen leben in der sogenannten Landesaufnahmestelle in Bramsche-Hesepe. Diese Menschen sind oft vor Krieg, Verfolgung oder Hunger geflohen, auf der Suche nach einem besseren Leben. Um diese Flucht zu unterbinden, werden weltweit immer neue Typen von Flüchtlingslagern entwickelt.

JAN WIENKEN

Im Abschiebelager in Bramsche werden "Personen untergebracht, die (...) einen Asylantrag gestellt und aufgrund von Prognoseaussagen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge keine Perspektive für einen dauerhaften Aufenthalt haben" (Konzeption der LAST). Es ist also noch nicht über einen Aufenthalt entschieden worden.

Im Unwissen darüber, wie die Zukunft aussehen wird, werden die Flüchtlinge außerhalb des Dorfes Hesepe in einem früheren Grenzdurchgangslager, das mit Stacheldraht umzäunt ist, untergebracht. Fünf bis sechs Personen teilen sich ein Zimmer, beim Pförtner müssen sie sich an- und abmelden und Besuch muss sogar den Personalausweis abgeben. Diese Isolierung erschwert es, öffentliches Interesse für die Probleme der Flüchtlinge zu wecken, weil der Kontakt zu Nicht-Flüchtlingen so schwerer zu knüpfen ist. Eigenes Essen zuzubereiten ist den Flüchtlingen nicht gestattet. In der Kantine ist das Essen aber nicht auf die kulturellen Gewohnheiten abgestimmt. Die Flüchtlinge erhalten ca. 40 Euro im Monat. Eine Zugfahrt nach Osnabrück kostet 4,30 Euro (Hinfahrt!). Anwälte für ein Asylverfahren sind für die meisten unbezahlbar. Auch die ärztliche Versorgung ist mehr als unangemessen: Die oftmals traumatisierten Menschen kriegen gegen jede Art von Krankheit Paracetamol verabreicht von einem Arzt, der nur ein- bis zweimal die Woche anwesend ist. Nachts müssen die Familien oft mit ansehen, wie Freunde von der Polizei aus dem Lager geholt werden, um die Abschiebung durchzuführen. Ständig werden die Flüchtlinge zu "Beratungsgesprächen" beordert, die auf eine "freiwillige Ausreise" drängen. Wer nicht freiwillig gehen will, dem wird mit Abschiebung gedroht. Für viele der Menschen würde eine Rückkehr in die Heimat aber schwere Folter, Hungersnot oder sogar den Tod bedeuten.

Wer Bahn fährt, ist ständig rassistischen Kontrollen durch den BGS unterworfen, denn wer seinen zugeteilten Landkreis verlässt, bricht das Residenzpflichtgesetz. Und wer eine dunkle Hautfarbe hat, wird bei sogenannten "verdachtsunabhängigen" Kontrollen auf den Besitz von Drogen kontrolliert. Erst vor einigen Wochen starb ein Flüchtling aus Sierra Leone durch den Einsatz von Brechmitteln in Bremen.

Jeden Tag müssen die Flüchtlinge in Bramsche und ganz Europa einen solchen rassistischen Alltag durchstehen.

Jan Wienken, 18, ist Schüler in Vechta und im GJN-LaVo zu Rechtsextremismus und Asylpolitik aktiv.

Den Spieß umgedreht

"Die Türken nehmen uns die Arbeitsplätze weg!", ein leider allzu oft zu hörender Satz. Aber was wäre eigentlich, wenn die Situation umgedreht wäre? Ein satirischer Ausblick auf die Bundesrepublik im Jahr 2015.

NORMAN

Wir schreiben das Jahr 2015. Deutschland krebst seit nunmehr 6 Jahren am Boden Europas rum, und zwar in fast allen relevanten Kategorien: eine Arbeitslosigkeit von 18 Mio., eine Geburtenrate von -9 %, der Zugang zur Bildung ist (jetzt auch offiziell) vom Einkommen der Eltern abhängig, das Renteneinstiegsalter liegt bei 82, welches aber nur die wenigsten erreichen, da die Krankenversicherungen entweder unzureichend oder unbezahlbar sind. Hinter vorgehaltener Hand wird über Menschenrechtsverletzungen von Seiten des Staates geredet, aber wen wundert das schon, nachdem die "new RAF" und drei vergleichbare Widerstandsbewegungen den gewalttätigen Kampf gegen die Regierung aufgenommen haben? Kurz, die Moral ist am Boden, das Leben elend, die Aussichten das Gegenteil von rosig.

Michel Meier, ein ganz normaler Deutscher, hält das nicht mehr aus. Er hat Angst um seine Zukunft und sein Leben und er fühlt sich ohne Ausbildung, Arbeit und Perspektive nutz- und wertlos. Er will raus. Aus den vielen attraktiven Einwanderungsländern (Türkei, Marokko, China, Polen) wählt er das vielversprechendste aus: die Türkei. Einfacher zu erreichen als China, wohlhabender als die meisten und hey, vielleicht sprechen die in den Touristenregionen ja sogar noch deutsch? Auf ungeklärten Wegen erreicht Michel zwei Monate später die türkische Grenze und beantragt politisches Asyl. Doch nix ist mit besserem Leben: Er verbringt die ersten 26 Monate in einem völlig überfüllten Auffanglager für deutsche "Aussiedler", wie man die nordeuropäischen Flüchtlinge hier mit geheuchelter Sympathie nennt.

In den ersten sieben Monaten wird ein Brandanschlag auf das Lager verübt und in den folgenden 19 Monaten seines Aufenthalts wird er dreimal Zeuge und einmal Opfer schwerer Körperverletzung durch aufgebrachte ansässige Jugendliche. Michel versteht das nicht, schließlich hat er keinem was getan. Im Gegenteil, er hat sogar einige seiner neuen Freunde hier von Vergeltungsschlägen abgehalten. Nach 26 Monaten also hält er seine Bestätigung

als Asylant und eine Arbeitsgenehmigung in den Händen. Beglückt macht sich Michel auf den Weg nach Bozüyük, denn da erwarten ihn einige Verwandte. Dort angekommen wohnt er aber nicht in der Stadt selbst, sondern im Deutschenviertel. Im ersten Jahr findet er keine feste Arbeit - selten einmal kann ihn die Zeitarbeitsfirma als Erntehelfer oder als Putzmann vermitteln. Deshalb nimmt er die Schwarzarbeit auf. Bei seinen Arbeitgebern lernt er sogar ein paar Worte Türkisch mehr als in den zwei leidlichen Kursen, die man ihm angeboten hatte. Seine Mühen werden aber leider mit mehr schiefen und missmutigen Blicken belohnt, als mit Euros.

Auf dem Nachhauseweg von einem harten Erntetag im Oktober 2018 lauert ihm eine Gruppe von vier jungen Männern auf. Sie kreisen ihn ein und schreien ihn an - das meiste versteht er nicht, nur ein paar Beschimpfungen. Er schwitzt Blut und Wasser, ist verwirrt und der Panik nahe. Schon nach fünf Minuten ist die Polizei da; ein anonymer Anrufer hat sie verständigt. Doch Michel hat nicht die sprachlichen Möglichkeiten, das Geschehene zu schildern. Man nimmt also die Personalien der vier auf und nimmt ihn mit aufs Revier - zur Klärung des ganzen. Nach vier Stunden Warten, begriffsstutziger und zeitweilig auch irritierender Fragen lässt man ihn wieder laufen, nicht jedoch ohne die Warnung, er solle sich aus Schwierigkeiten raushalten.

Zur selben Zeit freut sich die Regierung in Ankara über die zurückgegangene Zahl an Gewaltakten gegen AusländerInnen und das gestiegene Angebot an Integrationsmaßnahmen wie Sprachkursen und Zusatzstunden für Schulkinder. Von Michel Meier und der Realität der anderen 803 519 deutschstämmigen AusländerInnen in ihrem Lande wissen sie nichts. Und das ist auch gut so, denn regieren nach Zahlen ist schließlich so viel einfacher als die Kontaktaufnahme mit den Fremden, oder sich gar ernsthaft zu bemühen, aus ihren Erfahrungen Schlüsse zu ziehen, sich solidarisch zu zeigen und Anteil zu nehmen an ihren Problemen.

Was ein Glück, dass das alles nicht die Wirklichkeit ist ...

Norman Lierhaus, 23, studiert Cognative Science und engagiert sich in der GJ Osnabrück

Gute Einreise

Sie kamen in den Sechzigern und Siebzigern, um uns zu helfen. Wir hatten zu viel Arbeit und sie keine. Aber dann wurden sie vergessen. Sollten sie doch sehen, wie sie sich zurecht finden. Jetzt, vierzig Jahre später, schreien die Rechten "deutsche Leidkultur" und "Das Boot ist voll". Doch eine wirkliche Problemanalyse der Situation dieser Menschen braucht eine differenzierte Sichtweise. Also, wie sieht es aus mit der Integration der AusländerInnen in Deutschland?

SVEN-CHRISTIAN KINDLER

Zu den Hauptproblemen der in Deutschland lebenden AusländerInnen zählen die mangelnden Sprachkenntnisse. JedeR weiß, wie schwierig Deutsch schon für Deutsche ist. Ich erinnere nur an den armen, malträtierten Konjunktiv und seinen vergessenen Freund, den Genitiv. Nur ist die Sprache in einer Gesellschaft Grundlage für ein funktionierendes Miteinander. Deswegen ist es gut, dass der Bund im Zuwanderungsgesetz, das am 1. Januar 2005 in Kraft trat, für jährlich 220.000 MigrantInnen Integrationskurse mit 600 Deutsch-Stunden und Unterricht in Kultur, Geschichte und der Rechtsordnung Deutschlands anbietet und diese auch zur Teilnahme verpflichtet. Deswegen ist es aber auf der anderen Seite absolut unzureichend, dass für die bereits in Deutschland lebenden 7,3 Millionen AusländerInnen nur ca. 50.000 Kurse angeboten werden. Die meisten von ihnen sind integriert, jedoch liegt der Anteil der Arbeitslosen mit über 18% deutlich über dem Durchschnitt. Keine Berufsausbildung bedingt durch fehlende Deutschkenntnisse ist dafür die Hauptursache.

Gerade junge AusländerInnen und AussiedlerInnen sind im Vergleich zu deutschen AltersgenossInnen häufig gefährdet, häufig wegen mangelnder Sprachkenntnisse und schlechter Schulbildung, ins soziale Abseits und die Kriminalität abrutschen. Die PISA-Studie hat gezeigt, dass vor allem Kinder ausländischer Herkunft durch das dreigliedrige Schulsystem benachteiligt werden. Häufig wird zu Hause nicht deutsch gesprochen und Förderangebote in der Schule gibt es kaum. Mensch schiebt sie auf die Hauptschulen und bestenfalls Realschulen ab, anstatt sich aktiv um die Probleme der Kinder zu kümmern. Dabei wäre die Lösung so einfach: Kostenlose Kindergartenplätze für Kinder ab 2 Jahren und eine ganztägige Gesamtschule mit verstärkten Nachhilfekursen. Dadurch würden die Kinder schnell die deutsche Sprache lernen und die Chancengleichheit in der Gesamtschule würde die sozialen Unterschiede relativieren. Ein weiterer Punkt, der durch die Union im Zuwanderungsgesetz ordentlich vergeigt wurde, ist die brennende Frage der Arbeitsmigration angesichts der dramatischen demographischen Entwicklung. Deutschland vergreist und eine geregelte Zuwanderung könnte die negativen Folgen für die Sozialsysteme mildern, wenn jedoch nicht vollständig lösen. In Kanada gibt es z.B. für ausländische InteressentInnen ein Punktesystem, das Aspekte wie Qualifikation, Sprachkenntnisse, oder auch eine Arbeitsplatzzusage berücksichtigt. In Deutschland lehnte die Union das Punktesystem ab und nun dürfen nur hochqualifizierte Menschen einwandern und ExistengründerInnen müssen mindestens eine Million Euro investieren und zehn Arbeitsplätze schaffen. Die deutsche Wirtschaft kritisiert zu Recht diese Grenzen als viel zu hoch und warnt vor Beeinträchtigungen der Wettbewerbsfähigkeit.

Bei der Regelung von Integration und Migration darf jedoch nie vergessen werden, auch AusländerInnen, die hier leben möchten, im Rahmen des Grundgesetzes Grenzen zu setzen. Gerade die Rechte der Frauen leiden unter einem falsch verstandenen Verständnis von grenzenloser Toleranz. Frauenrechtsorganisationen wie "Terre des Femmes", Reportagen in den Medien oder Autobiographien, wie die von Sabatina James, berichten von Zwangsverheiratungen, Unterdrükkung, Zwang zum Kopftuch und Verfolgungen bis zum Tod junger Frauen in radikal muslimischen Familien. Auch sollte bei ausländischen MenschenhändlerInnen und ZuhälterInnen keine Gnade gewährt werden. Und TerroristInnen, die von Deutschland aus gegen die Freiheit und Menschenrechte operieren, müssen die ganze Härte des Gesetzes zu spüren bekommen. Das ist zwar nur eine kleine Minderheit der hier lebenden AusländerInnen, doch bei diesen extremen Fällen muss der demokratische Rechtstaat auf Grundlage des Grundgesetzes konsequent durchgreifen.

Basis eines interkulturellen Zusammenlebens der Menschen in Deutschland kann nur die Akzeptanz der liberalen demokratischen Werte sein. Deswegen müssen Deutsche und AusländerInnen entschlossen jeder Form von Extremismus, sei es nun Rechtsradikalismus oder Islamismus, entgegentreten, um dem Traum einer friedlichen, toleranten Gesellschaft etwas näher zu kommen.

Sven-Christian Kindler, 20, ist Betriebswirtschaftsstudent und IGEL-Redakteur aus Hannover.

Silke Stokar zur Integrationspolitik

Silke Stokar, geboren am 10. Mai 1953 in Kleinvollstedt in Schleswig-Holstein, hat eine Ausbildung zur Handelskauffrau gemacht, bevor sie 1983 ihr Abitur nachgeholt und anschließend Jura und Politikwissenschaften studiert hat. 1982 ist sie Mitglied der Grünen geworden, war von 1994 bis 2002 Mitglied des niedersächsischen Landtags und ist seit 2002 Bundestagsabgeordnete und innenpolitische Sprecherin der Grünen. Das Interview führte Redakteurin Sarah Zietz.

Sind Sie der Ansicht, dass momentan genug für die Integration in Deutschland getan wird und dass es genug Angebote gibt?
Silke: Nein, die Angebote sind nach wie vor nicht ausreichend. Es gibt immer die Forderung, dass Immigranten Deutsch lernen sollen, doch gibt es viel mehr Anmeldungen zu Deutschkursen, als überhaupt Angebote vorhanden sind. Insgesamt wird in unserem Schulsystem viel zu wenig dafür gemacht, um überhaupt eine schulische Integration zu schaffen. Auch im Kindergarten müsste es eine spezielle Frühförderung geben für Kinder, die die deutsche Sprache nicht beherrschen.

Sollten Kindergartenplätze dann nicht auch allgemein kostenlos sein?
Silke: Allen Kindern muss die Möglichkeit gegeben werden, den Kindergarten zu besuchen, ganz gleich, ob die Eltern arm oder reich sind. Es ist natürlich einfach, freie Kindergartenplätze für alle zu fordern, doch es stellt sich die Frage, wie wir das finanzieren sollen, denn Kommunen und Länder können dies alleine nicht. Die Bundesregierung hat zwar ein Programm aufgelegt für mehr Ganztagsbetreuung, aber das ist natürlich kein flächendekkendes Programm. Wir stehen hier auch vor der Auseinandersetzung Kindergarten und Studiengebühren. Diese beiden Themen stehen in einem Zusammenhang, d.h. wir müssen gucken, welche finanziellen Ressourcen wir in welche Bereiche stecken. Ich halte die staatliche Finanzierung von Kindern in Kindergärten und in Grundschulen für die grundlegende Aufgabe, die wir in den nächsten Jahren besser leisten müssen.

Silke Stokar von Neuforn

Glauben Sie, dass der Großteil der hier lebenden AusländerInnen sich in Deutschland integriert fühlt?
Silke: Ich glaube, dass das mittlerweile sehr differenziert ist. Gerade ein Großteil der ausländischen Jugendlichen schafft es, eigenständig den Einstieg in Ausbildung und Beruf zu finden. Es gibt aber auch Fälle, in denen 30% den Hauptschulabschluss nicht schaffen und da muss man sich fragen, woran das liegt. Diese Jugendlichen haben dann hinterher natürlich überhaupt keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Man muss jedoch bedenken, dass es auch einen Bildungsauftrag der Eltern gibt und dieser Bildungsauftrag muss noch stärker vermittelt werden.

Ist es nicht Aufgabe der Schule, die Kinder alle auf einen annähernd gleichen Bildungsstand zu bringen, ganz gleich aus welchem sozialen Umfeld sie kommen?
Silke: Das ist ein richtiges und wichtiges Ziel, erreicht werden kann dieses Ziel aber nur, wenn wir grundsätzlich die Strukturen unseres Bildungssystems verändern, d.h. wenn alle Kinder die ersten neun Jahre auf einer Schule zusammen bleiben und wenn es spezielle Förderungen gibt. Zur Zeit leistet unser Bildungssystem dies nicht, schon gar nicht hier in Niedersachsen, wo man zurückgeht in die Trennung nach der vierten Klasse, was gerade für Ausländerkinder eine sehr fatale Entwicklung ist.

Wäre es nicht auch möglich, Infobroschüren für neue ImmigrantInnen zu drucken, in denen das deutsche Alltagsleben erläutert wird?
Silke: Integration ist natürlich weit mehr als das Erlernen der Sprache. Das Zurechtfinden im Alltag ist wichtig

und muttersprachliche Information wäre hilfreich und sollte auch stattfinden. So müsste z.B. erklärt werden, wie unser Bildungssystem funktioniert, wie man sich bewirbt und wie überhaupt die Politik in Deutschland funktioniert. Ich glaube aber, noch wichtiger ist das persönliche Gespräch. Eigentlich bräuchten wir mehr muttersprachliche Beratung und Sozialarbeiter, so eine Art Immigrationslotsen, die beide Sprachen beherrschen.

Wie könnte man es schaffen, kulturelle Barrieren zu überbrücken und die Menschen dazu zu bringen, sich über die jeweils andere Kultur zu informieren?

Silke: In dieser Auseinandersetzung werden die religiösen Unterschiede völlig überbewertet. Es geht vor allem um Fragen der sozialen Integration und das Verständnis der Kulturen, woran bereits sehr viel gearbeitet wird. Das Gespräch und die Begegnung sind für das Verständnis ganz wichtig. Andererseits darf man die Konflikte und die Grenzen auch nicht verwischen. Man muss deutlich sagen, dass unser Grundgesetz der tragende Konsens in der Gesellschaft ist, und dass die Regeln der Scharia mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sind. Ich würde mir da eine Reform des Islam in Europa wünschen, die in vielen Bereichen diskutiert wird und wo bereits viele Fortschritte gemacht worden sind. Es gibt längst einen liberalen europäischen Islam und das ist der Weg.

In letzter Zeit wird wieder verstärkt über muslimische Frauen diskutiert, die von ihren Männern in Deutschland im Haus gehalten werden und quasi rechtlos sind. Wie kann mensch dagegen vorgehen und wie kann mensch diese Frauen überhaupt erreichen?

Silke: Man erreicht sie natürlich über die Sprachkurse, die ja gleichzeitig auch Integrationskurse sein sollen. Es ist ganz wichtig, dass die Frauen über ihre Rechte hier in Deutschland aufgeklärt werden. Ich finde es richtig zu sagen, dass das SGB überall gilt, denn Gewalt in der Familie und in der Ehe ist in Deutschland nicht erlaubt und steht unter Strafe. Auch hier würde ich mir mehr weibliche türkische Sozialarbeiterinnen wünschen, die diese Aufklärung direkt in die Familien bringen. Denn was nützt mir das Recht, wenn ich es nicht in Anspruch nehmen kann? Die Frauen brauchen eine Anlaufstelle, wo sie erst mal erzählen können, was passiert, denn es ist nach wie vor so, dass eine Frau, wenn sie ihren Ehemann anzeigt, damit rechnen muss, große Probleme in der Familie zu bekommen. Recht haben und Recht durchsetzen ist ganz schwierig in diesem Bereich. Nach dem neuen Zuwanderungsgesetz sind alle verpflichtet, in die Integrationskurse zu gehen und in dem Moment, in dem sie bei der Ausländerbehörde als neues Familienmitglied gemeldet sind, gilt diese Verpflichtung. Wir erreichen sie jetzt also viel besser als früher.

Sarah Zietz, 17, ist Schülerin, engagiert sich in der GJ Hannover und als IGEL-Redakteurin.

ANZEIGE

Informationen der Landtagsfraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel. 0511/3030-4207
Email: gruene@lt.niedersachsen.de
www.gruene-niedersachsen.de

Das System VW, RWE und andere

Vom Unterschied zwischen einem Volksvertreter und einem Volkswagenvertreter

Doppelte Einkommen - zumindest ohne sichtbare Gegenleistung - haben die Abgeordneten Arentz, Meyer, Vieregg und Wendhausen bezogen. Auch nach Wochen tun sie sich teilweise noch schwer, die Inhalte ihres Tuns zu beschreiben. Derweil wird das "System VW" von einigen Mitgliedern des Clubs sogar noch offensiv verteidigt. Fragt sich nur, was es hier zu verteidigen gilt. Wenn mit dem "System VW" eine Mischung aus Corpsgeist, Korruption, Untreue und Vetternwirtschaft gemeint sein sollte, gibt es sicher nichts zu verteidigen.

Immer wenn das "System VW" eine gesellschaftliche Entwicklung verschlafen hatte, musste die Abteilung "Regierungsbeziehungen" die Sache wieder gerade biegen. Statt frühzeitig auf recyclingfähige Autos zu setzen, wurde die Altautoverordnung ausgehebelt. Als die wichtigsten Konkurrenten den Partikel-Filter für Dieselfahrzeuge hatten, sollten die Wettbewerber politisch ausgebremst werden.

Statt offensiv auf spritsparende Ein-, Zwei- und Drei-Liter-Autos zu setzen, wurden etliche Milliarden Euro in Rolls Royce, einen 1001 PS-Bugatti und den Phaeton investiert und in den Sand gesetzt. Dieses "Missgeschick" müssen jetzt die VW-MitarbeiterInnen mit Lohnverzicht ausbaden. Das "System VW" war ein autistisches System. Da passt es ins Bild, dass die Strippenzieher in Wolfsburg den Kommunikationsgau der letzten drei Wochen völlig unterschätzt haben. Spät und unvollständig kamen die Stellungnahmen; während der Aufsichtsrat Wulff Briefe schrieb, sich in der Aufklärung aber als weitgehend hilflos erwies; während sein Aufsichtsratskollege Hirche, auf dessen erste Amtszeit bei VW die rechtswidrige VW-Richtlinie zurükking, für sich Unwissenheit in Anspruch nahm.

Und dennoch: Jeder Skandal dieser Art hat seine guten Seiten. Schwarze Schafe werden aussortiert, zugleich gelingt ein tiefer Blick in Strukturen, die sonst eher im Verborgenen blühen. Bestens bekannt für solche Praktiken sind auch Stromkonzerne, die seit Jahren mit Beiräten, Reisen und Vergünstigungen ihre wirtschaftlichen Interessen absichern und missliebige politische Initiativen hintertreiben. Mit Arentz und Meyer standen zwei einflussreiche CDU-Größen auf der "Gehaltsliste". Nur Leichtgläubige würden vermuten, dass es sich bei der "versehentlich" überwiesenen "Abfindung" um einen "Kommunikationsfehler" gehandelt haben mag. In diesen Beiräten und Aufsichtsräten werden oft Vergütungen gezahlt, die nur schwer zu dem Umfang der Tätigkeit passen.

Um den Sumpf trocken zu legen, gehören diese Informationen endlich auf den Tisch - öffentlich - und zwar sowohl der Höhe wie der Herkunft nach. Die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen in Niedersachsen bezieht sich mit ihrem Plenarantrag auf den Gesetzentwurf der Grünen aus Nordrhein-Westfalen, der Ausnahmen von der Offenlegungspflicht nur in sehr engen Grenzen akzeptiert - und zwar mit einer Begründung im Einzelfall, etwa wenn schutzwürdige Interessen Dritter betroffen sind. Gefordert wird zudem die überfällige Verschärfung von § 108 Strafgesetzbuch, damit Korruption und Bestechung in all ihren Facetten auch strafrechtlich verfolgt werden kann. Das geltende Recht ist hier mehr als lückenhaft. Notwendig ist auch eine Regelung, die sicherstellt, dass Einnahmen aus Beiräten, Aufsichtsräten u. ä., die mittelbar oder unmittelbar mit der Tätigkeit in einem Parlament, Kreistag oder Rat zusammenhängen, an die jeweilige Gebietskörperschaft abzuführen sind. Im Land müsste mindestens die Abführungsgrenze des Ministergesetzes gelten, die derzeit bei einer Summe von 5.500 Euro jährlich liegt.

Alte Demokratien - wie z.B. England - haben noch sehr viel weitergehende Regeln, etwa für MitarbeiterInnen von Abgeordneten oder für Journalisten, die über Parlamente berichten. Nicht erfasst werden bislang auch Nebentätigkeiten von Richtern. Hundertprozentige Sicherheit wird man wohl nicht erreichen, Ziel muss aber sein, Korruption und verwandte Delikte so schwer wie möglich zu machen. In Deutschland steht uns noch ein weiter Weg bevor. Ich bin überzeugt, dass noch eine ganze Reihe von Fällen an das Tageslicht kommen werden - auch Fälle von politischer Erpressung, die bislang nicht im Rampenlicht standen.

Niemand sollte sich dadurch in seinem Glauben an die Integrität unserer Demokratie erschüttern lassen. Am Ende ist jeder aufgeflogene Fall ein Beweis für die Leistungsfähigkeit eines demokratisch verfassten Staatswesens. Weitestgehende öffentliche Transparenz und Pressefreiheit sind das Lebenselixier.

Stefan Wenzel, Fraktionsvorsitzender, Bündnis 90/ Die Grünen im Niedersächsischen Landtag

Weitere Infos der Grünen Landtagsfraktion zum Thema unter **www.gruene-niedersachsen.de**

Studierengebühren für alle - und zwar sofort?

Der 26. Januar 2005 - für viele Studierende und SchülerInnen ein denkwürdiger Tag. An vielen Universitäten ein Tag der Vollversammlungen, Arbeitsgruppen und Aktionen. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden: In Zukunft dürfen die Bundesländer selber über die Einführung von allgemeinen Studiengebühren entscheiden. Das bis dahin im Hochschulrahmengesetz verankerte bundesweite Verbot von allgemeinen Studiengebühren ist hinfällig.

STEFANIE HENNEKE

Die Frage von Studiengebühren tangiert demnach die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik zurzeit nicht so sehr, dass eine bundeseinheitliche Gesetzgebung nötig ist. Zu einem späteren Zeitpunkt (also sozusagen, wenn "das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist") könne sich dies durchaus ändern, so das Gericht. Über die Verfassungsmäßigkeit von Studiengebühren an sich hat das Gericht im übrigen nicht entschieden, nur darüber, ob Bund oder Länder darüber zu entscheiden haben. Es bleibt abzuwarten, ob nach der Einführung von allgemeinen Studiengebühren in einem Bundesland eine solche Verfassungsklage eingereicht wird.

Studi-Vollversammlung an der Uni Bremen.

Niedersachsen hat sich klar positioniert: Studiengebühren ab dem 1. Semester sind nur noch eine Frage der Zeit. Damit wird voraussichtlich ein Wettbewerb unter den Bundesländern gestartet, der auch jene Länder, die bislang noch keine Studiengebühren-Pläne gemacht haben, zum Nachziehen bewegt. Die Hochschulen in gebührenfreien Bundesländern würden sonst wohl bereits in den nächsten Semestern vollständig überlaufen, oder sie müssten erhebliche Zulassungsbeschränkungen einführen. Die Rede ist zumeist von etwa 500 Euro, die pro Semester von den Studierenden kassiert werden sollen. Allerdings haben bereits einige PolitikerInnen verlautbaren lassen, dass dies erst der Einstieg sei.

Soziale Selektion durch Studiengebühren

Dabei sind die Probleme, die allgemeine Studiengebühren mit sich bringen, offensichtlich. Bereits heute setzt sich die in der Schule beginnende soziale Selektion in den Hochschulen fort. Der Anteil Studierender aus so genannten bildungsfernen Schichten ist, gerade auch im internationalen Vergleich, sehr gering. Statt, wie parteiübergreifend von PolitikerInnen gefordert, mehr junge Menschen an die Hochschulen zu bringen, schreckt mensch mit Studiengebühren ab.

Während mensch sich allerorts über die unterschiedlichsten Gebührenmodelle streitet, gibt es keine Bestrebungen, notwendige Stipendien und Zuschüsse bereitzustellen. Stattdessen diskutieren vor allem die Banken derzeit über Kredite, die Studierenden gewährt werden sollen - zu den BAföG-Schulden kämen diese dann auch noch hinzu. Auch im Modell der sogenannten nachgelagerten Gebühren, bei dem mensch die Gebühren erst zahlt, wenn mensch einen ausreichend gut dotierten Job gefunden hat, startet mensch mit einem riesigen Schuldenberg ins Berufsleben. Insbesondere für AbsolventInnen, die sich selbständig machen wollen, eine schwere Bürde und insgesamt nicht gerade eine Ermunterung zur Aufnahme eines Studiums.

Studis in finanziellen Schwierigkeiten

Heute arbeiten circa zwei Drittel aller Studierenden, um sich ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Nur ein geringer Anteil bekommt BAföG, und kaum eineR kommt mit diesem Geld aus. Steigende Lebenshaltungskosten, fast flächendeckend eingeführte "Verwaltungsgebühren", steigende Semesterbeiträge, Krankenversicherung etc. - im Gegensatz zu vielen Vorurteilen machen sich Studierende keineswegs ein schönes Leben auf Kosten der SteuerzahlerInnen. Studiengebühren werden viele Studierende in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten bringen, ihr Nutzen hingegen ist fragwürdig. Dass sie tatsächlich den Hochschulen zu Gute kommen und damit zu einer Qualitätsverbesserung in der Lehre und im Service für Studierende führen, ist bei den immensen Haushaltslöchern nicht nur in Niedersachsen sehr fragwürdig.

Stefanie Henneke, 25, sitzt im grünen Landesvorstand und im Bundesvorstand vom Bündnis grün-alternativer Hochschulgruppen.

Pleiten, Pech und Pannen - Willkommen im Hartz IV-Land

Mensch könnte ja lachen, wenn es nicht um die Zukunft des deutschen Sozialstaates und um die Zukunft einzelner Menschen ginge. Hartz IV und das Arbeitslosengeld II (ALG II) sind noch keinen Monat alt, aber trotzdem gibt es eine ganze Menge zu beklagen. Die GJN hat keine Kosten und Mühen gescheut, um live aus den betroffenen Regionen zu berichten.

JOSEFINE PAUL

Heute treffen wir eine junge Frau aus Flensburg, nennen wir sie Karla B., und ihre Tochter, nennen wir sie Blumenkind aus dem Norden. Karla B. ist nicht nur selbst betroffen, sie arbeitet auch 14 Stunden die Woche in einer sozialen Einrichtung in Flensburg, die sich vor allem um SozialhilfeempfängerInnen kümmert. Dort arbeitet sie seit Sommer 2004. Ihr Gehalt liegt weit unter dem Existenzminimum und daher erhält sie zusätzlich einen Teil Sozialhilfe.

Die MitarbeiterInnen haben im Vorfeld versucht über die neuen Regelungen zu informieren. Leider war das nicht ganz so einfach. Zuerst versuchten sie es beim Sozialamt, das leider bekundete keine Ahnung und damit auch kein Informationsmaterial zu haben. Dann riefen sie beim Arbeitsamt an und auch da bekamen sie eine negative Antwort. Leider dürfe mensch noch keine Informationen rausgeben - das war im Oktober bzw. November 2004. Ob die Bundesregierung zu diesem Zeitpunkt schon alles über Hartz IV wusste ...

Dann wurden die Bescheide verschickt, mit dem Hinweis, dass mensch sich bei Fragen an die Arbeitsgemeinschaft Flensburg wenden solle, eine Arbeitsgemeinschaft aus Arbeits- und Sozialamt. Leider existierte diese AG noch nicht und so konnte auch dort niemand die Fragen der Betroffenen beantworten. Wen wundert es da, dass die Leute kein großes Vertrauen in die neuen Maßnahmen und die dafür zuständigen Behörden haben …

Aber es war auch nicht alles schlecht, betont Karla B. Als Sozialhilfeempfängerin erhielt sie frühzeitig einen Brief des Sozialamtes, in dem ihr ein Termin und eine Liste der mitzubringenden Unterlagen mitgeteilt wurden. Bei dem Termin gab es dann endlich eine Beratung und Hilfe beim Ausfüllen des Antrages. Gibt es doch noch Hoffnung im Hartz IV- Land?

Na ja, die MitarbeiterInnen in der sozialen Einrichtung in Flensburg haben schon den Eindruck, dass die PolitikerInnen sich die Reform des Sozialstaates etwas leicht vorgestellt haben. Zwar gibt es jetzt in manchen Bereichen verbesserte Angebote, so haben auch frühere SozialhilfeempfängerInnen nun einen Anspruch auf Arbeitsvermittlung, aber soziale Probleme werden durch die Politik oft nicht wahrgenommen. Heute gibt es in Deutschland schon regelrechte Sozialhilfekarrieren. Manche Kinder kennen nichts anderes, als Geld vom Staat zu bekommen und betrachten Arbeit eher als Last denn als Chance. Hier wird manchmal nach dem Motto gehandelt: Lieber noch ein Kind, sonst muss ich in eine Maßnahme.

Nicht, dass mensch das jetzt falsch versteht, es geht nicht darum, Menschen zu verurteilen, weil sie lieber weiter Stütze bekommen wollen, als zu arbeiten; es geht darum, dass Hartz IV hier keine Lösungen anbietet. Das Kürzen von staatlicher Unterstützung kann keine Lösung für diese sozialen Härtefälle sein. Es bedarf einer gesamtgesellschaftlichen Kraftanstrengung, um hier eine neue Einstellung zu fördern und um Sozialhilfekarrieren überwinden zu helfen. Die soziale Einrichtung versucht dort einen kleinen Beitrag zu leisten, indem sie Hilfestellung bei den Problemen des Alltags leistet, z.B. wie kaufe ich richtig ein, so dass das Geld den ganzen Monat reicht.

Karla B. ist der Meinung, dass noch ein gutes Stück fehlt, um Hartz IV zum Erfolg werden zu lassen. Sie selbst versucht durch ihren Job Stück für Stück aus dem ALG II herauszukommen. Was sich auf dem Papier leichter liest, als es in der Realität ist. Denn trotz verbesserter Angebote für allein erziehende Mütter fallen die Jobs nicht vom Himmel. Jedenfalls liegt es bei Karla B., wie bei vielen anderen auch, weder an mangelndem Willen, noch an fehlendem Engagement.

Josefine Paul, 23, war im Landesvorstand der GJN aktiv und studiert nun in Münster Geschichte und Politik.

Danke Wulff: Die Jugend ohne Plan!

Zum Jahresende schloss die niedersächsische Landesregierung die Landeszentrale für politische Bildung. Am Samstag, den 27. November 2004, protestierte die GRÜNE JUGEND HANNOVER dagegen mit einer Aktion, um die Öffentlichkeit wegen dieser verantwortungslosen Streichung wachzurütteln.

ALEXANDER GILLY & SVEN-CHRISTIAN KINDLER

"Die Jugend interessiert sich doch nicht für Politik. Denen ist doch alles scheißegal." Diese Meinung scheint in breiten Teilen der Öffentlichkeit und auch bei PolitikerInnen verbreitet zu sein. Leider haben sie damit nicht so Unrecht, wie gerade die geringe Wahlbeteiligung junger Menschen immer wieder zeigt. Schlimmerweise sind es aber auch besonders die jungen Leute, welche die NPD und die DVU in die Landtage von Sachsen und Brandenburg gewählt haben. Angesichts dieser Problematik sollte mensch meinen, dass unsere Landesregierung alles tut, um diese Trends aufzuhalten und um bei den Jugendlichen wieder Interesse für politische und gesellschaftliche Zusammenhänge zu wecken. Aber weit gefehlt: Ministerpräsident Wulff ließ stattdessen die Landeszentrale für politische Bildung schließen!

Die Landeszentrale leistete hervorragende Arbeit, so z.B. durch Informationsseminare, Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien und der Organisation von internationalen Begegnungstreffen. Besonders wichtig war auch die finanzielle Unterstützung von mehr als 180 Initiativen gegen Rechtsextremismus. Diese stehen jetzt vor dem Aus und das in einer Zeit, in der Mitglieder der NPD vor Schulen munter Flugblätter und rassistische CDs verteilen. Aber Herrn Wulff kümmert das wenig. Er möchte lieber seinen Haushalt sanieren. Sicher, die Kassen sind leer, aber angesichts lächerlicher 1,6 Millionen Euro Einsparung im Jahr durch die Schließung bei einem Gesamthaushaltsvolumen von 22 Milliarden scheint uns der Preis etwas hoch.

Aktion der GRÜNEN JUGEND Hannover.

Das wollten wir uns nicht so einfach gefallen lassen und organisierten kurzerhand eine Demonstration in der Innenstadt gegen die Schließung der Landeszentrale. "Wählen? Nicht wählen? NPD wählen?!? Ich hab' kein' Plan - Die Landeszentrale für politische Bildung muss bleiben!" Diese und andere Sprüche standen auf Schildern, die wir uns wirkungsvoll über unsere Oberkörper hängten, um so als "lebendige Plakate" bei unserem Protestmarsch quer durch die Innenstadt die Bevölkerung mit Flugblättern über die verfehlte Politik unseres Landesfürsten zu informieren.

Etwas enttäuschend war die Tatsache, dass es nur sechs Junggrüne geschafft hatten, sich um 12 Uhr an einem Samstag zu der Aktion einzufinden. Ein paar Leute mehr hätten sicher nicht geschadet. Allerdings hatten wir ein KFZ- Opfer zu beklagen (Pat wurde am Vortag übergemangelt, ihm geht's aber wieder gut) und netterweise fühlte sich Sascha von der GJ Lüneburg berufen, mitzumachen. Wir ließen uns also nicht entmutigen, sondern brachten die 1000 Flyer unter die Leute und diskutierten auch eifrig mit dem/der einen oder anderen PassantIn. Viele Menschen konnten wir erreichen, sie waren unseren Argumenten durchaus aufgeschlossen. Vereinzelt gab es aber auch wie immer gegenteilige Reaktionen. Von relativ harmlosen "Oh Gott, DIE GRÜNEN" bis zum aggressiven "Willste was auf die Fresse" reichten die Kommentare. Ein älterer Herr verglich uns sogar mit der Hitler-Jugend. Bei langen Haaren und grüner Fahne muss der wehrte Herr allerdings entweder extrem kurzsichtig oder bereits ziemlich senil gewesen sein.

Lustigerweise hatte die Polizei extra einen Wagen geschickt, der uns durch die Innenstadt begleiten sollte. Bei unserer "Auftaktkundgebung" konnten wir die Beamten aber davon überzeugen, dass wir keine Bedrohung der öffentlichen Ordnung darstellten. So konnten wir frei und unbewacht über den Kröpke zum Bahnhof ziehen und die äußerst konsumfreudigen Menschenmassen über die wunderbaren Auswirkungen konservativer Politik aufklären.

Alexander Gilly, 23, ist Sprecher der GJ Hannover und studiert Englisch und Politik. Sven Kindler, 20, ist IGEL- Redakteur und Betriebswirtstudent in Hannover.

Reise in eine andere Welt

Mehrere Tage war Helge Limburg mit einer Freundin im Nahen Osten und Palästina unterwegs, um sich ein Bild von der dortigen Lage zu machen. Was er vorfand, war eine völlig andere Welt.

HELGE LIMBURG

Aufgewühlt durch die jahrelange Berichterstattung in Zeitungen und Fernsehen über den Konflikt im Nahen Osten entstand bei mir der Wunsch, dieses Land einmal mit eigenen Augen zu sehen. Das erste mal bot sich die Gelegenheit bei einer 12-tägigen Studytour, organisiert vom SCI, durch Israel. Eine zweite Reise führte mich zu einem SCI-Workcamp in Nablus/Westjordanlan. Aus den Erfahrungen der ersten Reise wusste ich bereits viel über den "normalen" israelischen Alltag: SoldatInnen sind in den Städten überall zu sehen und bereits am Flughafen wird mensch den strengsten Sicherheitskontrollen unterzogen, die ich jemals erlebt habe. Wer bei den Befragungen durch die Sicherheitskräfte am Flughafen angibt, sich für den Konflikt zu interessieren oder gar in die palästinensischen Autonomiegebiete - den Gaza-Streifen und das Westjordanland - reisen zu wollen, der wird sofort zurück in sein Heimatland geschickt und in der Regel mit einem mehrjährigen Einreiseverbot belegt. Die wahren Gründe meiner Reise musste ich also verschweigen und mich als harmloser Tourist ausgeben.

Ankunft in Israel

Morgens, 3:00 Uhr, Ankunft am Flughafen Ben-Gurion bei Tel-Aviv: Ich steige zusammen mit meiner arabischstämmigen Begleiterin (ebenfalls Workcamp-Teilnehmerin) aus dem Flugzeug auf das Rollfeld. Noch bevor ich den Bus besteigen kann, der uns zum Flughafengebäude bringen soll, werde ich aufgehalten: Ein Mann hält mir mit den Worten "Excuse me, this is secrurity, Sir" einen Ausweis ins Gesicht. Er kontrolliert meinen Pass und befragt mich über den Grund meiner Reise: Wie lange ich in Israel bleiben möchte und ob ich irgendwelche Bekannte in Israel hätte. Auch meine Begleiterin wird befragt. Wir antworten mit Standardsätzen wie: "Ich kenne niemanden", "Wir machen nur Urlaub" und dass wir "schon immer das Heilige Land sehen wollten". Schließlich lässt uns der Sicherheitsmann weiter. Bei der Passkontrolle und schließlich vor der Gepäckausgabe das gleiche Spiel: Jeweils Sicherheitsleute, dieselben Fragen an uns, dieselben eintrainierten Antworten. Endlich dürfen wir durch. Schnell das Gepäck holen, ab zum Taxistand. Willkommen in Israel!

Nach einer Nacht in Haifa geht es nach Tiberias. Von dort wollen wir am nächsten Tag über Jerusalem nach Nablus reisen. Da Reisen in die palästinensischen Städte strengstens verboten sind und die Städte und Zufahrtsstraßen im gesamten Westjordanland von

Checkpoints durchzogen sind, ist uns vom SCI der Taxifahrer Yassir genannt worden, der uns an den Sicherheitskontrollen vorbei nach Nablus schleusen soll. Der Bus am Sonntagmorgen befördert fast ausschließlich Soldatinnen und Soldaten, uns beide eingeschlossen gibt es nur drei ZivilistInnen in dem Bus. Er fährt quer durchs Westjordanland nach Jerusalem. Dort angekommen begeben wir uns direkt in ein Cafe am Damaskustor - der vereinbarte Treffpunkt mit Yassir. Und tatsächlich: Ein arabisch aussehender Mann spricht uns an und wir folgen ihm zu seinem Kleinbus. Zusammen mit zwei ItalienerInnen, zwei SüdkoreanerInnen und einem weiteren Deutschen geht die Fahrt los. Unglücklicherweise spricht unser Fahrer lediglich arabisch und hebräisch, so dass die Kommunikation mit ihm nicht möglich ist. Wir fahren ca. eine Stunde lang, bis wir am Hawara-Checkpoint, kurz vor Nablus, aufgehalten werden. Kein Durchkommen, niemand darf rein nach Nablus. Wir fahren auf eine kleine Tankstelle direkt am Checkpoint und erfahren erst jetzt, das unser Fahrer gar nicht der Yassir war, den wir suchten! Doch die Aufregung legt sich bald, da ein weiterer Bus des Workcamps zu uns stößt. Dem folgen wir auf einen Berg bei Nablus. In einem kleinen Dorf halten wir und steigen aus. Wir haben keine Ahnung wo wir sind, bezahlen den Fahrpreis und müssen erst mal warten.

Nach einiger Zeit erklärt uns Yassir schließlich, wie wir nach Nablus hinein kommen: Auf einer kleinen Straße sollen wir in Zweier- oder Dreiergruppen mit unserem Gepäck etwa 300 Meter zu Fuß gehen. Dann würden im Schutz einer Baumgruppe einige Taxis aus Nablus auf uns warten und uns in die Stadt bringen. Dies alles müsse sehr schnell gehen, da die Straße teilweise von einem nahe gelegenen Militärposten einsehbar sei und niemand wisse, wie die Israelis auf unser Eindringen nach Nablus reagieren würden. Es war die einzige Möglichkeit die israelischen Checkpoints zu umgehen. Alles läuft gut: Wir gehen die paar Meter, verladen unser Gepäck schnell in die heraneilenden knallgelben Taxis und fahren in rasantem Tempo ins Tal nach Nablus. Die Taxis halten vor unserer Unterkunft - wir haben es geschafft!

Unsere Aufgabe im Workcamp besteht darin, zerstörte Häuser in der Innenstadt von Trümmern zu befreien und Zementsäcke für den Wiederaufbau der Häuser zu schleppen. Das erste Haus, das wir betreten, ist ein einziges Trümmerfeld. Das Dach ist größtenteils zerstört, lediglich ein Zimmer im Obergeschoss ist noch einigermaßen bewohnbar. Den ganzen Tag über entfernen wir Trümmerteile. Am späten Nachmittag, kurz bevor wir nach Hause wollen, erhalten wir einen Beweis der sprichwörtlichen arabischen Gastfreundschaft: Eine Nachbarin serviert uns köstlichen Kuchen, Tee und Kaffee in ihrem Heim. Sie sollte uns in den folgenden Tagen noch mehrmals einladen.

Treffen mit Jassir Arafat

Ein Treffen mit Jassir Arafat? Ich konnte es nicht glauben. Jetzt stehe ich vor der Muqaata, dem Amtssitz des PalästinenserInnenchefs. Rechts von mir eine halbzerstörte Häuserwand, Wäsche hängt in den Trümmern. Hinter mir ein Trümmerfeld aus Geröll und Schutt, mittendrin ein kleines Holzhäuschen, in dem zwei palästinensische SoldatInnen den Parkplatz der Muqaata überwachen. Wir betreten den Innenhof der Muqaata. Vor dem Eingang zum Hauptgebäude müssen wir unsere Pässe abgeben. Der Eingang ist mit einer Plane verhangen. Eine schmale Treppe nach oben, vorbei an mehreren Uniformierten, oben nach rechts, links in die Tür und ... da ist er! Jassir Arafat. Er sitzt an einem großen Tisch vor Aktenbergen, seine Hornbrille auf der Nase, natürlich in Uniform und mit dem typischen Palituch. Er sieht etwas blass aus. Wir setzen uns. Uns wird Tee, Kaffee und Gebäck angeboten. Die Anspannung weicht sehr schnell, was vor allem an Arafat selbst liegt: Sehr freundlich plaudert er mit uns, beantwortet unsere zahlreichen Fragen, gibt Ausblicke. Er vergleicht die Mauer, die nun quer durch palästinensisches Land führt, mit der Berliner Mauer: "Genau wie sie wird auch diese hier eines Tages fallen und dann wird es Frieden geben. So Gott es will!", bekräftigt er. Nach einer dreiviertel Stunde ist es vorbei - Arafat hat noch ein wichtiges Gespräch. Kurz noch ein Foto mit dem Präsidenten, geschossen von seinem Leibfotograf. Das war's. Besuch bei Arafat.

Die Abreise am Flughafen ist vergleichsweise unspektakulär. Wir sind drei Stunden vor Abflug am Flughafen, um ausreichend Zeit für die Sicherheitskontrollen zu haben. Alle Erinnerungsstücke an die Zeit in Nablus und bei Arafat haben wir vorher per Post nach Deutschland geschickt. Jeglicher Hinweis auf unseren Aufenthalt in den besetzten Gebieten wäre gefährlich für uns. Zwar ähneln die Fragen denen bei der Einreise, doch werden wir diesmal getrennt befragt: Jetzt müssen wir beide dieselbe Geschichte erzählen, von unserem "normalen" Touriurlaub. Unsere Gepäckstücke werden mit einem roten Aufkleber versehen, ein Zeichen dafür, das sie die höchste Sicherheitsstufe haben, was sicherlich daran liegt, dass meine Mitreisende in Teheran geboren worden ist. Ein "Karrieresprung" für mich: Bei der ersten Reise hatte ich nur gelb bekommen. Rein ins Flugzeug, Zwischenstop in Budapest. Ziel: Hamburg. We are back, nach fünf Wochen Staub, Hitze, Soldaten und Trümmern stehe ich mit gemischten Gefühlen im strömenden Regen am Bahnhof und warte auf meinen Zug.

Helge Limburg, 22, studiert Jura in Bremen und war von 2002 bis 2004 im Landesvorstand.

Hoffnung auf Frieden?

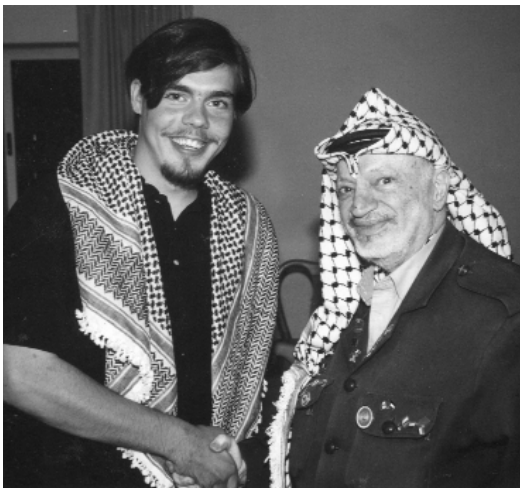
Ein Kommentar zur politischen Entwicklung in Israel/Palästina.

HELGE LIMBURG

Die Welt atmet auf, endlich scheint Frieden für den Nahen Osten in Sicht. Es gab und gibt viele ermutigende Zeichen: Die palästinensische Autonomiebehörde stoppte gewaltsam Raketenangriffe auf Israel, Sharon plant einen Abzug der Truppen aus dem Gazastreifen und zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Artikels wird vermutlich bereits ein Treffen zwischen dem neugewählten palästinensischen Präsidenten Abbas und Ministerpräsident Sharon stattgefunden haben. Doch diesen Hoffnungen stehen viele bittere Erfahrungen der Vergangenheit und auch zahlreiche ungelöste Probleme entgegen.

Zunächst wird abzuwarten sein, ob Abbas tatsächlich von allen PalästinenserInnen als Führer akzeptiert werden wird. Sein Wahlergebnis von über 60 Prozent sollte da nicht täuschen: Er war der einzige Kandidat, dem die israelischen Besatzungstruppen volle Bewegungsfreiheit zwischen den Städten des Westjordanlands und des Gazastreifens gestatteten. Er war der einzige Kandidat, der effektiv die wenigen vorhandenen palästinensischen Medien für sich nutzen konnte und dies auch tat. Und er war der einzige Kandidat, der wenigstens halbwegs bekannt war. Sein aussichtsreichster Gegenkandidat, Mustafa Bargouthi, wurde während des Wahlkampfes mehrfach von den Israelis am Reisen gehindert und zwei Tage vor der Wahl schließlich für kurze Zeit in Haft genommen. Von völlig freien Wahlen kann also keine Rede sein, auch wenn die PalästinenserInnen sicherlich alles in ihrer Macht stehende taten, um dies zu ermöglichen. Abbas könnte also, falls er nicht schnell Fortschritte für die PalästinenserInnen erreicht, schnell als Präsident "von Israels Gnaden" betrachtet werden, was ihn wohl jegliche Reputation kosten würde.

Auch muss mensch hoffen, dass eine mögliche Waffenruhe der radikalen Organisationen wie Hamas und islamischer Dschihad auch von Israel mit einer Waffenruhe beantwortet wird. Während der letzten ausgehandelten Waffenruhe tötete Israel zahlreiche palästinensische Führer durch Raketenangriffe. Dies führte schließlich, nach einem zweimonatigen Stop der Selbstmordattentate, zu einem erneuten Aufflammen der Gewalt.



Der selbsternannte Nahostpolitische Sprecher der GJN beim Friedensgespräch mit Arafat.

Auch in Israel ist die Lage sehr explosiv: Ariel Sharon hat zwar den Abzug aus dem Gazastreifen in Angriff genommen, möchte aber im Gegenzug wichtige Teile des Westjordanlandes annektieren. Für diesen Zweck hat er den Bau der Mauer durchs palästinensische Gebiet begonnen, der die "unabhängigen" Teile Palästinas in viele kleine, wirtschaftlich nicht lebensfähige Kantone unterteilt. Der amerikanische Journalist Noam Chomsky hat Sharons Politik mit dem Apartheitsregime in Südafrika gleichgesetzt. Eine solche Politik wird, meiner Ansicht nach, niemals zu einem dauerhaften Frieden führen.

Andererseits gehen bereits diese Schritte vielen radikalen Israelis zu weit: Sie fordern die Annektierung des gesamten historischen Israels (wozu auch noch große Teile Jordaniens zählen!) und bezeichnen Sharon als Verräter. Aus der Linken hingegen ist momentan kaum eine Stimme des Friedens zu hören. Der Vorsitzende der Arbeitspartei, der 84jährige Shimon Peres, konnte sich bisher jedenfalls mit keinem seiner Friedenspläne durchsetzen und unterstützt mittlerweile Sharon weitgehend. Hoffnung geben israelische Friedensorganisation wie "Peace Now", die sich für einen gerechten Frieden einsetzen. Einer ihrer Mitbegründer, Uri Averny, gehört heute zu den prominentesten israelischen KritikerInnen der Regierung Sharon. Diese Linke scheint allerdings im Moment nicht mehrheitsfähig zu sein.

So bleibt es dabei, dass die PalästinenserInnen mit dem "Bulldozer" Sharon verhandeln müssen. Dies sind keine Gespräche auf Augenhöhe und sie werden es auf absehbare Zeit auch nicht werden. Dazu ist die militärische Übermacht Israels zu erdrückend. Die PalästinenserInnen können also nur hoffen, dass ihnen trotzdem einige Zugeständnisse gemacht werden, möglicherweise durch Druck, den die EU ausübt. Meiner Überzeugung nach kann Frieden jedenfalls nicht von einer Seite diktiert werden, sondern muss von gleichberechtigten PartnerInnen erreicht werden.

24 Stunden für einen guten Zweck

Um Weinachten erschütterte die Welt eine Naturkatastrophe mit einer bis dato unbekannten Gewalt. Die Trauer um die Opfer der Tsunami-Katastrophe ist unermesslich und drückt sich in den Industrienationen in Form einer riesigen Spendenbereitschaft aus. Selten wurden für eine Katastrophe so viel Geld und Hilfsgüter aufgebracht.

SASCHA RECKERMANN & JAN-OWE RADEMACHER

Auch die GRÜNE JUGEND Lüneburg fühlte sich aus Solidarität verpflichtet, sich einen Schritt von der Politik zu entfernen und die eigene Struktur dazu zu nutzen, Anteilnahme zu zeigen und aktiv zu werden. Die GRÜNE JUGEND Lüneburg hat sich umfassend an dem Lüneburger 24-Stunden-Spendenmarathon beteiligt. Organisiert von Marion van Schwamen und Andreas Albrecht, beides LüneburgerInnen, ging der Spendenlauf 24 Stunden lang durch die abgesperrte Innenstadt Lüneburgs, unterstützt von Lüneburger Gastronomie und anderen Geschäften.

Wir stellten eine eigene Staffel von über 13 Leuten und selbstorganisierten Sponsoren (Fips, Agrimedia GmbH, Homann und Neuberg, Andreas Meihsies (Landtagsabgeordneter), Bündnis 90/Die Grünen Kreis Lüneburg) auf, die pro von uns gelaufener Runde einen Euro für die Kinder in Süd-Ost Asien spendeten. Mit der Hilfe von DRK, THW und Unicef begann der Lauf am Samstag, den 15. Januar, um 15 Uhr und endete am Sonntag, den 16. Januar, um 15 Uhr mit finaler Runde und über 600 LäuferInnen.

Seit dem Start um 15 Uhr waren Jan-Owe Rademacher und Sascha Reckermann 24 Stunden lang vor Ort, um die Staffel der GRÜNEN JUGEND zu koordinieren und erst wieder um 15 Uhr ruhig durchatmen und schlafen zu können. Und auch Grüne Lokal-Prominenz war dabei: Andreas Meihsies (Landtagsabgeordneter Niedersachsen) lief stolze drei Runden (eine Runde betrug etwa 850 m).

Nachts sanken zwar Temperaturen und auch unsere Zahl, aber durch den selbstlosen Einsatz von aus dem Bett geklingelten GJ-LäuferInnen und warmen Getränken war das für Sascha und Jan-Owe kein Problem. Nachdem wir wieder dem Sonneaufgang entgegen liefen und der Sonntagmorgen langsam Richtung Mittag strebte, füllte sich die Strecke wieder mit LäuferInnen und ZuschauerInnen.

Am Sonntag um 15 Uhr liefen wir dann als geschlossene Gruppe ins Ziel ein. Wir alle hatten es zusammen geschafft, als Gruppe 24 Stunden lang durchzulaufen; es war immer mindestens eine/r von der GRÜNEN JUGEND auf der Strecke für einen guten Zweck. Die GJ LG lief mit 632 Km 850 Euro für die von der Flut-Katastrophe betroffenen Kinder ein. Spitzenreiter der GJ-Staffel war Jan-Owe mit 52 Runden und 43 km.

"Ein voller Erfolg" sagten die OrganisatorInnen: Mit über 649 LäuferInnen und insgesamt ca. 23.000 Euro Spenden durch die Spendendosen und natürlich den Sponsoren der LäuferInnengruppen war die unerwartete Bilanz mehr als beeindruckend.

Sascha Reckermann, 19, und Jan-Owe Rademacher, 18, sind in Lüneburg zu Hause und in der dortigen GRÜNEN JUGEND aktiv.

Von Jan Philipp Albrecht

"Mama wird 25"

Am 21. Januar feierten wir den Geburtstag unserer Landespartei im offiziellen Rahmen des Hannoveraner Landesmuseums. Eingeladen waren alle Parteimitglieder. Auch eine handvoll junggrüner Mitglieder fanden sich auf der Party ein und feierten mit den "Alten" angemessen ein Vierteljahrhundert grüne Politik in Niedersachsen. Zu Gast waren einige alte Bekannte und die aktuellen Macher grüner Politik. Gemeinsam sahen wir uns ein Filmchen an, hörten uns nette Reden über Ideale und Satzungen an. Zum Schluss kam dann auch Günther der Treckerfahrer, der wie immer alles durch den Kakao zog.

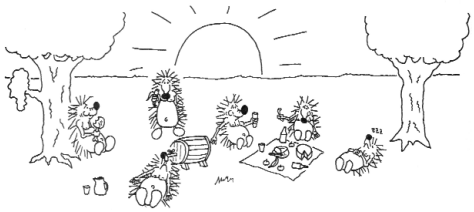
Tja, das war also unser Jubiläum. Gemütlich war's. Doch die wenigen jungen Gäste der Jugendorganisation fragten sich: Wo wird der Altersschnitt der Geburtstagsgäste beim 50-Jährigen liegen? Ja, plötzlich überkam uns die schreckliche Befürchtung, wir könnten dann immernoch die Jüngsten sein, weil keine Jüngeren Aktiven mehr da wären. Und wir versuchten diesen Gedanken auf den Grund zu gehen: Wenn die Grünen Ihren wahren Nachwuchs nicht richtig fördern - könnte es vielleicht sein, dass die GRÜNE JUGEND gar nicht ihr richtiges Kind ist? Sind wir bloß adoptiert? Das würde so manche stiefkindliche Behandlung erklären. Heißen wir in Wirklichkeit eben doch "Blumenkinder aus dem Norden" (BkadN) und haben diesen blöden Jugend-Namen bloß von unserer Partei aufgedrückt bekommen? Langsam die eigene Herkunft erkennend, sanken wir mit ein paar grünen Cocktails auf der Treppe zusammen und versuchten die Wahrheit zu verkraften. Doch sind Adoptivkinder schlechter als Leibliche? Wir sagen: Nein!

Es ist natürlich eine etwas provokante Darstellung unseres Verhältnisses. Aber obwohl sich die GJN in den letzten Jahren stark vergrößert hat, ist es noch nicht bei allen "Alt-Grünen" FunktionärInnen angekommen, dass ihr Jugendverband ein wichtiger Faktor grüner Politik in Niedersachsen ist. Es würde helfen, wenn mehr auf die Aktivität des Nachwuchses geachtet und speziell unterstützend auf die junggrünen Aktiven zugegangen würde. Leider haben wir Grüne - nicht nur in Niedersachsen - noch nicht bemerkt, dass wir ohne umfassende Nachwuchsförderung keine Zukunft haben. Denn ohne junge Leute mit neuen Ideen - so wird es in den Medien immer öfter prophezeit - können wir bald einpacken. Dies muss also gerade auch für die personelle Ausgestaltung der Grünen gelten. Stillstand können wir uns nicht leisten. Einzelne Förderprogramme für Quotenjunge sind da kein probates Mittel, um die Veralterung der Parteifunktionäre nachhaltig zu verhindern. Ich sage: Nur ein starker Jugendverband wird den qualvollen Untergang der Grünen Partei verhindern können!

Brigitte Pothmer, unsere Parteivorsitzende in Niedersachsen, hat es auf der Geburtstagsfeier schon sehr gut auf den Punkt gebracht: "Nur wer sich ändert, bleibt sich treu!" Dass sie dabei nicht an die Jugendförderung, sondern an die bevorstehenden Satzungsänderungen gedacht hat, ist zu vermuten. Die allerdings werden die Veralterung unserer Ökopartei wohl nicht bremsen, sondern eher beschleunigen. Auf ihren Sinn und Unsinn möchte ich hier gar nicht groß eingehen. Wenn ich allerdings auf meine lange Zeit im junggrünen Landesvorstand zurükkdenke, dann kommt mir da schon einiges bekannt vor. In den zweieinhalb Jahren habe ich unentwegt für ein SprecherInnenmodell für den einzigen "gleichberechtigten" Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND gekämpft und bin dabei mehrere Male an scheinbar unüberzeugbaren "Sperrminderheiten" gescheitert. Auch mich hat dies manchmal verzweifeln lassen. Doch jetzt, wo meine Zeit im Vorstand durch die Rotation beendet wird - worüber ich sehr froh bin, denn selber hätte ich es nie übers Herz gebracht, nicht mehr anzutreten - merke ich, dass einige Grundsätze durchaus ihren Charme haben.

Wir sollten uns endlich auf die wesentlichen Probleme konzentrieren, anstatt uns von irgendwelchen Einzelbedürfnissen leiten zu lassen. Nach dieser langen Zeit aktiver Politik und Nachwuchsarbeit im Landesvorstand der GJN habe ich durchaus einen umfassenden Eindruck vom Nachwuchs der Grünen in Niedersachsen erhalten. Ich kann uns als jugendlicher Partei nur empfehlen, so schnell es geht eine stärkere Fokussierung auf den Jugendverband zu legen. Und damit bitte ich vor allem die jungen Mitglieder dafür zu kämpfen, dass sie auch in Zukunft noch eine Partei haben, in der sie sich für neue Ideen und jugendliche Themen einsetzen können. Wir dürfen den etablierten und eingesessenen Grünen nicht zuviel Platz lassen. Sonst heißt es irgendwann: "Rotation, ja! Aber nur innerhalb der Fraktion."

Was macht eigentlich der Landesvorstand?



Diese Frage stellt sich doch immer mal wieder der/die ein oder andere. Deshalb wollen wir euch gerne darüber auf dem laufenden halten, was der LaVo in letzter Zeit gemacht hat und in nächster Zeit plant.

Wie arbeitet der Landesvorstand überhaupt?

Grundsätzlich treffen wir uns ungefähr einmal im Monat, um Aktionen und Seminare zu planen, sowie die aktuelle Lage zu besprechen. Auf diesen sogenannten LaVoSis (Landesvorstandssitzungen) arbeiten wir dann die Dinge ab, die sich in der Zeit seit der letzten Sitzung so angesammelt haben. Natürlich wird auch zwischen den Sitzungen fleißig weitergearbeitet. So wird im LaVo vieles über E-Mail geregelt, wie zum Beispiel das regelmäßige Verfassen von Pressemitteilungen. Vielleicht habt ihr ja auch schon mal eine unserer Pressemitteilungen zu aktuellen Themen gelesen.

So wird die gesamte Öffentlichkeitsarbeit der GJN, wie z.B. die Homepage (www.gj-nds.de) oder die Materialerstellung, größtenteils vom LaVo übernommen. Das Vertreten der GJN auf Podiumsdiskussionen oder sonstigen Versammlungen und auch das Einbringen junggrüner Themen und Bedürfnisse bei LDKs, BDKs oder LaVoSis der Alt-Grünen ist eine Aufgabe des LaVos. So auch das Werben von PatInnen für die GRÜNE JUGEND im Rahmen der bundesweiten PatInnenkampagne.

Weiterhin versuchen wir, Kontakt zu den Basisgruppen zu halten und diese zu Aktionen zu animieren, sowie aktive Mithilfe anzubieten. Anregungen und Ideen zu Aktionen und Kampagnen sind wichtiger Bestandteil einer guten Landesverbandsarbeit. Bringt euch ein! Wenn ihr in eurem Ort eine Aktion machen und/oder jemanden vom LaVo einladen wollt, dann sagt uns bescheid - wir kommen gerne zu euch!

Was hat der Landesvorstand konkret organisiert?

Nachdem auf dem Kongress in Verden (Aller) zwei neue LaVos gewählt wurden, musste sich die Gruppe erst mal einarbeiten. Ende des letzten Jahres konnten leider das Frauenseminar und das Seminar zur 25-jährigen Geschichte der Grünen wegen mangelnder Kapazitäten und Anmeldungen nicht stattfinden. Das lag wohl an der stressigen Vorweihnachtszeit. Um mehr Kapazitäten und vor allem Mitglieder zu bekommen, wird der LaVo nun mit der Kampagne "500 für die GJN" an die Mitglieder treten. Freut euch auf lustige Mitgliederwerbeaktionen! Ansonsten wurde das letzte Jahr mit einer kleinen Weihnachtsfeier abgeschlossen. Der LaVo hat weiter daran gearbeitet, die Ortsgruppen besser zu vernetzen und hat diesen auch verstärkt Besuche abgestattet. Dies soll noch weiter ausgebaut werden. Von jetzt an soll es auch wieder einen Basisrundbrief geben, in dem ihr regelmäßig auf dem Laufenden gehalten werden sollt. Außerdem waren wir auf dem Bundesausschuss in Mainz, wo über die Strukturen der GRÜNEN JUGEND diskutiert wurde.

Was plant der Landesvorstand in Zukunft?

Nach weiteren Planungstreffen mit den Jusos nimmt der gemeinsame Kongress im Herbst immer mehr Gestalt an. Die Themen werden Hochschulpolitik, Bildung, Umweltpolitik und Rechtsstaat sein. Wir planen nun Vorbereitungsseminare, zu denen ihr alle hoffentlich zahlreich erscheint. Dort sollen die Themen der Landespolitik schon im vorab diskutiert werden.

Als nächstes größeres Event steht die Landesmitgliederversammlung im März in Goslar an. Hier werden der neue LaVo und eine neue IGEL- Redaktion gewählt. Zudem werden wir unsere Position zu Studiengebühren beschließen und uns mit der neuen "Green Identity"- Kampagne beschäftigen. Sie soll die Mitglieder auf die Grundsatzprogrammdebatte vorbereiten. Am Ende soll ein Sommerkongress stehen! An Seminaren wird es in der nächsten Zeit auch nicht mangeln. Es wird das Seminar "25 Jahre Grüne" nachgeholt werden und ein Seminar zur Umweltpolitik der Landesregierung stattfinden. Weitere Infos findet ihr auf der Homepage!

Wie erreicht Mensch den Landesvorstand???

Die E-Mail-Adressen der Landesvorstandsmitglieder findet ihr auf der vorletzten Seite dieser IGEL-Ausgabe und wenn ihr mehr wissen wollt, geht auf unsere Homepage www.gj-nds.de. Gerne könnt ihr aber auch in der Landesgeschäftsstelle anrufen (0511 - 126 085 77) und unseren charmant freundlichen und kontaktfreudigen Landesgeschäftsführer Konstantin ganz lieb nach der Telefonnummer eines Vorstandsmitgliedes fragen. Er wird euch mit Sicherheit weiterhelfen, solange ihr zu seinen Geschäftszeiten anruft. E-Mail ist natürlich am sichersten. So habt ihr immer die Möglichkeit, euch persönlich beim Landesvorstand über den aktuellen Stand der Dinge zu informieren oder konkrete Anfragen zu stellen.

Euer LaVo: Jule, Anna, Fenja, Jan, Menusch und Jan Philipp

Basisgruppenticker

Wie in jeder Ausgabe präsentiert euch der IGEL an dieser Stelle jung-grüne Aktivitäten vor Ort. Wenn ihr euren Ort nicht findet, dann werdet selber aktiv und gründet eure eigene GJ-Basisgruppe. Ihr seid aktiv und trotzdem nicht im IGEL? Dann sagt uns Bescheid!

Die GRÜNE JUGEND Bramsche hat eine Spendenparty für die Flutopfer organisiert. Im Sommer soll es eine Austauschfahrt nach Polen geben, die gemeinsam mit der GAJ Osnabrück-Land auf die Beine gestellt wird. Außerdem soll das Thema Wehrpflicht nochmal auf einem Informationsstand zur Anerkennung kommen. Die BramscherInnen freuen sich über jedeN neueN Aktiven, der/die sich mit einbringen möchte.
Kontakt:
miriam.thye@greselius.net

Die GRÜNE JUGEND in Wilhelmshaven hatte nach dem Jahreswechsel einen kleinen Durchhänger, nun soll allerdings wieder mehr passieren. Die Aktiven planen nach wie vor eine Fotoausstellung zu dem Thema "Wilhelmshaven zeigt Gesicht gegen Faschismus". Mit dieser Aktion möchte die Gruppe über Rassismus im Alltag aufklären und zum Handeln anregen. Interessierte und neue Aktive sind immer gern gesehen, meldet euch bei der Truppe!
Kontakt: gj-whv@web.de

Die GRÜNE JUGEND Göttingen trifft sich nun jeden Mittwoch um 18.30 Uhr im Grünen Zentrum. Inhaltlich arbeiteten die GöttingerInnen zuletzt zu den Themen Hühner-Haltung, Studiengebühren und Kinderarmut. Zum Welt-Aids-Tag gab es einen eigenen Stand. Aber auch zu kommunalen Themen ist die GJ aktiv, mit der Ratsfraktion fand eine kommunalpolitische Stadtführung statt. Zudem wollen die GöttingerInnen nun auch online gehen, eine eigene Homepage soll aufgebaut werden.
Kontakt:
silke.gebel.gruene@gmx.de

Einige Neue sind zu der GRÜNEN JUGEND Osnabrück gestoßen, insgesamt hat die Gruppe nun rund zehn Aktive. Die OsnabrückerInnen beschäftigen sich zur Zeit mit Nicht-WählerInnen. Dazu wird auch eine Zusammenarbeit mit den anderen Jugendorganisationen angestrebt. Gemeinsam mit diesen möchten die OsnabrückerInnen darüber aufklären, was nicht-wählen bedeutet und welche Gefahren dadurch entstehen. Dabei geht es u.a. natürlich auch um das Erstarken von RechtsextremistInnen. MitstreiterInnen sind immer wilkommen!
Kontakt: mechklmm@aol.com

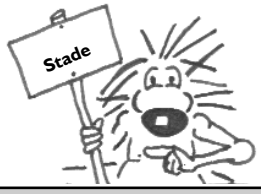
Die GJH ist im Moment schwer am Schaffen. Ende November hat die Gruppe eine Demonstration gegen die Schließung der Landeszentrale für politische Bildung organisiert (siehe Bericht Seite 13). Mitte Januar verkleidete sich die GJH als „Bürgerwehr“ und wollte nach den Ideen des Innenministers Schünemann dazu gleich mal selbst ein bisschen Hilfspolizei spielen und Ausweise kontrollieren. Gleich eine Woche später war die „Bild“-Zeitung dran. Unter dem Motto „BLÖD-deine Meinung?“ waren früh morgens zehn Aktive in der Straßenbahn, um BildleserInnen davon zu überzeugen, ihr Schandblatt gegen eine seriöse Zeitung, wie Neue Presse, HAZ oder TAZ, mit uns zu tauschen. Zehn Menschen konnten gerettet werden. Dazu gab es einen Flyer über die “Bild”. Durch die vielen Aktionen kommen immer mehr Leute: Bei der letzten Sitzung waren 25(!) Menschen da. Das sind beste Vorraussetzungen, um in nächster Zeit genauso durchzustarten. Geplant sind Demonstrationen gegen die Fleischindustrie und zum fünfzigjährigen Bestehen der Bundeswehr.
Kontakt: www.gj-hannover.de

Die GRÜNE JUGEND Vechta hat einen neuen Vorstand gewählt, Sebastian Stania ist der neue Sprecher der Gruppe. Zudem sind einige junge Leute zu den Grünen Vechta gestoßen, die es nun auch in die GRÜNE JUGEND zu integrieren gilt. Sehr aktiv und rege ist die GJ Vechta schon jetzt, eine neue Aktion steht schon vor der Tür: Mit Holocaust-Überlebenden findet ein Informationsabend über Auschwitz statt, gemeinsam wird über die Schrecken der NS-Herrschaft diskutiert. Aber es wird nicht bei einem Blick zurück bleiben, es werden auch Bezüge zur heutigen Zeit und zur aktuellen Gefahr durch Rechtsextremismus hergestellt. Mitwirkende sind auch hier erwünscht!
Kontakt: www.gj-vec.de

Die GJO war bis Ende Dezember sehr stark in der Bürgerinitiative gegen das geplante ECE aktiv. Mit Erfolg: Es sind in nur acht Wochen 13.290 Unterschriften zusammengekommen (12.000 in einem viel größeren Zeitraum waren nötig). Seit Anfang Januar beschäftigen sie sich nun mit dem Thema Integration. Hierbei legen sie einen deutlichen Schwerpunkt auf die Integration von Jugendlichen. Aus aktuellem Anlass diskutieren sie aber hauptsächlich über Studiengebühren, zu dem es innerhalb der Ortsgruppe geteilte Meinungen gibt. Am 2. Februar haben sie ihr Sprecherteam und ihre Schatzmeisterin neu gewählt.
Kontakt: www.gj-oldenburg.de

Gerade hatte die GJ Lüneburg ein Treffen mit dem BUND zu den "Ökologischen Grenzen der Globalisierung". Im Januar haben sie sich an einem 24-Stündigen Spendenmarathon für die Flutopfer in Südostasien beteiligt (siehe S. 17) und sind die ganze Zeit mit einer eigenen GJ-Gruppe durchgelaufen. Einige sind über 50 Runden (à 840m) gelaufen.
Kontakt: leneL@web.de

Mit guten Vorsätzen in das neue Jahr gestartet, trifft sich jeden Montag eine Gruppe aktiver Junggrüner, um die Ortsgruppe voranzubringen. Die GJ Wolfsburg möchte sich in der nächsten Zeit mit den Themen Wehrpflicht und Rauchverbot an Schulen befassen. In den neu geschaffenen Räumlichkeiten soll u.a. auch das Thema Rechtsextremismus zur Sprache kommen. Hierzu sind bereits Aktivitäten in Planung. Kontakt:menuschkhadjavi@web.de



Neue Aktive kamen hinzu, die GRÜNE JUGEND Stade ist sehr aktiv und munter! Auch Stade befasst sich zur Zeit schwerpunktmäßig mit dem Thema Rechtsextremismus. Gemeinsam mit den Jusos und der PDS-Jugend Solid soll es z.B. ein Gegen-Rechts-Konzert geben.
Kontakt: www.gjstade.de.vu

Leider ist in der vergangenen Zeit nicht mehr allzu viel in Hildesheim passiert. Zur Adventszeit gab es noch eine Aktion zu Fair-Trade, danach versank die Truppe in einen kleinen Dornröschenschlaf. Neue Aktive mit Engagement werden gesucht, um was auf die Beine zu stellen! Dafür haben die HildesheimerInnen nun auch eine neue Homepage: www.gj-hildesheim.de

Die GJBS hat sich in letzterzeit mit der Bewerbung Braunschweigs zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 sowie mit der Einführung von Studiengebühren beschäftigt. Desweiteren hat es eine vernetzung mit der Grünen Ratsfraktion in BS stattgefunden, wo die GRÜNE JUGEND nun aktiv in der Ratspolitik mitarbeitet. Als nächstes werden sie sich auf den regionalpolitischen Kongress (mit Jürgen Trittin) und auf den NPD Aufmarsch am 18.06. vorbereiten.
Kontakt: www.gj-bs.de

Die GRÜNE JUGEND Am Deister ist jetzt mit ihrer neuen Homepage online! Dort erfährt Mensch alles über die Gruppe und ihre Aktivitäten! Reinklicken lohnt sich allemal, denn das Design ist echt super: www.gruenejugend-am-deister.de

Service machen wir mit links!

Hier habt Ihr E-Mail-Adressen und Telefonnummern von AnsprechpartnerInnen der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen (GJN):

Landesgeschäftsstelle
Odeonstraße 4
30159 Hannover
Fon: (05 11) 126 085 77
Fax: (05 11) 126 085 70
E-Mail: gjn@gruene-niedersachsen.de
Internetadresse: http://www.gj-nds.de
Bankverb.: Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 84 31 500, BLZ: 251 205 10
Geschäftsführung:
Konstantin Knorr
E-Mail: kk@gruene-niedersachsen.de

Landesvorstand
Jan Philipp Albrecht
mail@janphilippalbrecht.de
Wolfenbüttel / Bremen

Menusch Khadjavi
MenuschKhadjavi@web.de
Lehre-Essenrode

Anna Osterhus
anna.o@web.de
Ronnenberg

Juliane Seibert
quasselkasper-wasserburg@web.de
Langenhagen

Fenja Stegmann (Schatzmeisterin)
FeNnY_s@gmx.de
Lüneburg

Jan Wienken
LHHM05@web.de
Vechta

Mitglied im Bundesvorstand
Stephan Schilling (Sprecher)
ste.schilling@gmx.de
Berlin

IGEL-Redaktion
Jan Haude (Koordinator)
jan.haude@web.de
Hannover

Lena Robra (Koordinatorin)
Lenam86@aol.com
Barsinghausen

Sven-Christian Kindler
sven1985@web.de
Hannover

Nicolas Nguyen-Van
nguyenvan@web.de
Leveste

Sarah Zietz
Sarahzietz@yahoo.de
Laatzen

BA-Delegierte
Jan Philipp Albrecht
mail@janphilippalbrecht.de
Wolfenbüttel / Bremen

Anne Bonfert
annebonfert@gmx.de
Hildesheim

Junge Grüne im Landesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen NDS
Stefanie Hennecke
henneke@gruene-niedersachsen.de
Syke

Julia Verlinden
verlinden@gruene-niedersachsen.de
Lüneburg

Adressänderungen mailt bitte an die Landesgeschäftsstelle (s. oben)!

Wichtige Termine, die bei Junggrüns und Altgrüns bald anstehen:

GRÜNE JUGEND

12.-13.03.05 Landesmitgliederversammlung der GJN in Goslar
18.-20.03.05 Homosexualität und Migration in Seminar des Fachforums LesBiSchwul in Berlin
März/April 2005 vorr. Seminar der GJN und des Fachforum Demokratie & Recht zur Föderalismusreform
01.-03.04.05 Gender und (Straf-) Recht Seminar des Fachforums Gleichberechtigung in Berlin
09.-10.04.05 GJN-Seminar 25 Jahre Grüne Geschichte in Hannover
15.-17.04.05 Bundesausschuss der GRÜNEN JUGEND
06.-08.05.05 Bundeskongress der GRÜNEN JUGEND in Weimar
27.-29.05.05 Drogenfachgeschäfte - Ein Seminar des Fachforums Drogen in Hamburg
Mai 2005 GRÜNE JUGEND Radtour mit der GJ Oldenburg entlang Weser, Aller, Leine und Oker
03.-05.06.05 McPlanet 2.0 - Universität Hamburg zu den Themen Komsum, Globalisierung und Umwelt veranstaltet von Attac & BUND in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung
August 2005 vorr. Sommerkongress der GJN auf einem Bio-Bauernhof

Bündnis 90/Die Grünen

04.-05.03.05 Stadt, Land, GRÜN! - Kommunalpolitischer Kongress Grünen Niedersachsen in Hannover
04.-05.06.05 Landesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen in Buchholz
Infos: www.gruene-niedersachsen.de

Weitere Informationen und Kontaktadressen, auch von GRÜNE JUGEND-Gruppen in Eurer Nähe, bekommt Ihr in der Landesgeschäftsstelle oder im Internet:
www.gj-nds.de (Niedersachsen)
www.gruene-jugend.de (Bundesverb.)

"Lasst euch nicht verarschen, vor allem nicht beim Preis!"

Landesmitgliederversammlung vom 12.-13. März 2005 in Goslar

"Ein kostenfreies Studium für alle!" - diese Forderung wird im Mittelpunkt stehen, wenn wir am zweiten März-Wochenende in der Jugendherberge Goslar unsere erste Landesmitgliederversammlung im Jahr 2005 abhalten. Bitte meldet euch bis zum 27. Februar in der Landesgeschäftsstelle an, damit ihr alle Informationen, Anträge und Bewerbungen per Post zugesandt bekommt!

Also, auf in den Harz - bis dann!
Euer Landesvorstand

Tagesordnung:

Samstag
Anreise ab 12 Uhr
13 Uhr: Beginn mit Begrüßung und Formalia
13.30 - 15 Uhr: Podiumsdiskussion zu Studiengebühren mit Gästen aus Politik, Wirtschaft und Studierenden
15 - 16 Uhr: Offene Diskussion mit den Gästen
16 - 16.30 Uhr: Kaffee und selbstgemachter Kuchen
16.30 - 17 Uhr: Vorstellung des Leitantrages zu Studiengebühren
17 - 21 Uhr: Diskussion und Verabschiedung des Antrages
Dazwischen: Abendessen
Ab 21 Uhr: GRÜNE JUGEND Party

Sonntag
8.15 - 9.15 Uhr: Frühstück
9.30 - 10.30 Uhr: Antragsbearbeitung
10.30 - 14 Uhr: Wahlen von Landesvorstand, IGEL-Redaktion, Schiedsgericht, BA-Delegierten und Rechnungsprüfern
Dazwischen: Berichte, Ankündigungen, Anträge (auch zur Satzung) und Mittagessen
14 - 15 Uhr: Vorstellung der Grundsatz-Kampagne "Green Identity"
Ende und Abreise gegen 15.30 Uhr

www.studium-fuer-alle.de

25 Jahre Grüne

Vom 09. bis 10. April in Hannover

Die Grünen sind Anfang des Jahres 25 Jahre alt geworden. Zeit für einen Rückblick: Wir befassen und mit den grünen Wurzeln der chaotischen Gründungsphase, dem langsamen Wandel zur Regierungspartei. Gemeinsam mit Gästen aus Geschichte und Gegenwart der Grünen werden wir einen Überblick über ein Vierteljahrhundert grüne Poltik in Niedersachsen und Europa herstellen.

Hinweise zur Teilnahme an Seminaren und der Mitgliederversammlung:

Meldet euch möglichst bald in der Landesgeschäftsstelle für die Veranstaltung an! Die Teilnahmegebühr wird 10 Euro betragen und auf der Veranstaltung eingesammelt. Bahnkosten werden bis zu 50% des Normaltarifs (BahnCard 50 Preis) erstattet, Gruppentickets & ÖPNV ganz. Benzinkosten nur auf begründeten Antrag! Kostenanträge werden verteilt.

Ideen für Seminare und Kongress werden immer gerne vom Landesvorstand entgegen genommen!

Impressum

Herausgeberin
GRÜNE JUGEND Niedersachsen
Odeonstraße 4
30159 Hannover
Fon: (0511) 126 085 77
Fax: (0511) 126 085 70
E-Mail: info@gj-nds.de
Web: www.gj-nds.de
Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 84 31 500
BLZ: 251 205 10

Redaktion
Jan Haude, Sven-Christian Kindler, Nicolas Nguyen-Van, Lena Robra und Sarah Zietz - (Titelfoto: Andre Kolm)

Mitarbeit
Juliane Seibert, Jan Wienken, Norman Lierhaus, Stefanie Henneke, Josefine Paul, Alexander Gilly, Helge Limburg, Sascha Reckermann, Jan-Owe Rademacher und Jan Philipp Albrecht

Auflage: 650 Stück

Layout
Jan Philipp Albrecht, Sven Kindler

Druck
Akzent Druck Hannover

Anmerkung
Namentlich gekennzeichnete Artikel, besonders in den Meinungsseiten, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für den restlichen Inhalt dieser IGEL-Ausgabe ist nur die Redaktion verantwortlich.